

Medienmitteilung

BDP will Pilotversuch Mobility pricing im Grossraum Bern verbieten

Die BDP Kanton Bern lehnt einen Pilotversuch für Mobility pricing im Grossraum Bern ab. Sie hat soeben eine dringliche Motion im Grossen Rat eingereicht. Mit dem parlamentarischen Vorstoss soll der Regierungsrat beauftragt werden, dem Bundesrat bzw. dem federführenden Departement UVEK mitzuteilen, dass sich der Kanton Bern vom geplanten Pilotversuch in der Grossregion Bern zurückzieht.

Die Motionäre Bernhard Riem, Iffwil, und Ueli Frutiger, Oberhofen erachten es nicht als zumutbar, dass bisher einzig der Regierungsrat über das Projekt Mobility pricing entschieden hat. Ein derart einschneidendes Projekt bedürfe einer breiteren Diskussion. In Anbetracht der Tragweite und Bedeutung des Projekts sei es unerlässlich, den Grossen Rat einzuschalten und ihn im Rahmen einer dringlichen Motion einen Grundsatzentscheid bereits zum Pilotversuch treffen zu lassen.

Die Reaktionen nach der Medienkonferenz von Bundesrätin Leuthard zeigten, dass das Projekt in der Bevölkerung kaum mehrheitsfähig sei. Angesichts der breiten Ablehnung von Mobility pricing sei es nicht zu verantworten, bereits für einen Versuch Ausgaben in Millionenhöhe zu tätigen.

Die BDP bezweifelt, dass Mobility pricing die theoretisch errechnete Lenkungswirkung erzielen würde. Das Projekt lasse sich nicht mit der Bevölkerungsdichte begründen, da sich die Einwohnerzahlen im Mobility pricing-Perimeter Bern nicht mit London (8,4 Mio. E.) und Stockholm (1,4 Mio. E.) vergleichen liessen. Vielmehr gehe es darum, Mittel zu beschaffen und Pendlerinnen und Pendlern auf Schiene und Strasse eine Zusatzabgabe aufzubürden. Diese könnten jedoch weder Arbeits- und Schulort noch Arbeits- und Unterrichtsbeginn selber beeinflussen. Mobility pricing sei deshalb ein ungerechtes Modell.

Interessant ist, dass sich der Regierungsrat im Rahmen der Vernehmlassung am 10. September 2015 positiv zu Mobility pricing geäußert hat. Inzwischen distanziert sich jedoch die kantonale Verkehrsdirektorin mehr oder weniger von diesem Projekt, weil sie lieber das Modell Road pricing und nur die Autofahrer belasten möchte.

In der Motion wird verlangt, der Regierungsrat habe dem Bundesrat bzw. dem federführenden Departement UVEK mitzuteilen, dass sich der Kanton Bern vom geplanten Pilotversuch in der Grossregion Bern zurückzieht. Bei späteren Vernehmlassungsverfahren für die allfällige definitive Einführung von Mobility pricing habe er negativ Stellung zu beziehen. Und allfällige andere Nachfolgeprojekte seien dem Grossen Rat in Form eines referendumsfähigen Beschlusses zum Entscheid vorzulegen. Auf kantonseigene Modelle wie Road pricing oder Mobility pricing sei zu verzichten.

Auskunft:

Bernhard Riem Grossrat, 079 703 06 80

06.07.2016